

008. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 21.01.2010

Rede von MdL Dr. Dietmar Pellmann zum Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drs 5/818 „Startfinanzierung für künftige Landärzte in Sachsen“

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede//

Vor knapp zehn Jahren haben wir auf die schon damals erkennbaren Gefahren eines wachsenden Ärztemangels in Sachsen hingewiesen und eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Vielleicht kann sich die heutige Gesundheitsministerin, die damals auch dem Landtag angehörte, ebenso wie ich daran erinnern, dass wir einst als Schwarzmalerei bezeichnet wurden und die damalige CDU-Alleinregierung überhaupt nicht daran dachte, unsere Positionen wenigstens zu prüfen.

In den letzten Jahren hat sich das freilich geändert. Stück für Stück mussten unsere Vorschläge aufgegriffen werden. Aber das geschah eben viel zu spät und dann überhaupt nicht in der notwendigen Konsequenz. Wir sind ja nicht nachtragend. Aber man fühlt sich angesichts dieser Entwicklung schon an das alte Sprichwort „Hochmut kommt vor dem Fall“ erinnert.

So haben wir heute die Situation, dass 500 bis 600 Ärzte fehlen. Ärzteverbände machen eine andere Rechnung auf und kommen zum Ergebnis, dass wir eigentlich umgehend 1.200 Ärzte brauchen würden, zumal jährlich weniger Ärzte hinzukommen als abgehen. Man muss also klar festhalten: Die bisherigen Maßnahmen der Staatsregierung haben in keiner Weise ausgereicht, um eine Trendumkehr zu bewirken. Wenn das aber so ist und wir in einigen Regionen bereits eine Notstandslage haben oder mehr und mehr darauf hinsteuern, dann müssen wir zu Notmaßnahmen greifen, selbst wenn sie vielleicht mit dem neoliberalen Grundverständnis der Bundesregierung oder der neuen Staatsregierung nicht übereingehen. Nicht Marktideologie, sondern Handeln ist gefragt. Deshalb nachstehend unsere Forderungen:

1. Notwendig ist endlich ein Gesamtkonzept zur Überwindung des Ärztemangels, anstatt sich lediglich auf Einzelmaßnahmen ohne erkennbaren Zusammenhang zu konzentrieren.
2. Wir brauchen eine realistische Bedarfsplanung, die die Besonderheiten Sachsens, insbesondere die demografische Entwicklung berücksichtigt. Wenn die Staatsregierung hier lediglich auf die ärztliche Selbstverwaltung verweist, macht sie es sich zu einfach. Die Verantwortung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge ist nicht delegierbar oder die Staatsregierung setzt sich des Vorwurfes der Untätigkeit oder gar Verantwortungslosigkeit aus. Wir stimmen daher dem Antrag der Grünen zu.
3. Mehrfach habe ich in den letzten Jahren gefordert, dass zusätzlich Mittel aus dem Staatshaushalt für die Überwindung des Ärztemangels aufgewendet werden müssen. Das wurde bislang stets abgelehnt. Das Ergebnis haben wir nun. Mit unserem heutigen Antrag wollen wir diesen, unseren Ansatz erneut und gezielt aufgreifen. Die Mittel sollen aber zu den bisherigen Fördermöglichkeiten, die ausschließlich durch die Beiträge der Krankenkassenmitglieder ausgereicht werden. Sollte es stimmen, dass das Förderprogramm mit der Kreditausreichung von maximal 60.000 Euro zum Ende des vergangenen Jahres ersatzlos ausgelaufen ist, dann wäre das wirklich ein Skandal. Wir brauchen beides.

Uns ist freilich klar, dass unsere erneute Antragsinitiative, die sich im Übrigen an eine Praxis im CDU-regierten NRW anlehnt, das Gesamtproblem nicht lösen kann. Aber sie wäre ein weiterer sinnvoller Schritt. Wir werden, das kündige ich vorsorglich an, auch künftig immer wieder den Finger in die klaffende Wunde Ärztemangel legen.